

Birgit Laubach

# Bürgerrechte für Ausländer und Ausländerinnen in der Europäischen Union

Unionsbürger und Drittstaatsangehörige - Ein Vergleich



Nomos Verlagsgesellschaft  
Baden-Baden

# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Einleitung	15
<b>1. Teil: Von der Personenzweizügigkeit zur Unionsbürgerschaft</b>	<b>21</b>
<b>1. Kapitel: Einwanderungsland Europa</b>	<b>21</b>
1. Ausgangslage	21
2. Migrationsursachen	23
3. Unterschiedliche Rechtsstellung	24
<b>2. Kapitel: Die Rechtsstellung der Bürger und Bürgerinnen der Mitgliedstaaten</b>	<b>27</b>
1. Freizügigkeit, Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit	27
2. Der Begriff des Arbeitnehmers	28
3. Auszubildende	29
4. Teilzeitarbeit	30
5. Gebot der Inländer-Gleichbehandlung	31
6. Zugang zur Beschäftigung	32
7. Einreise - Aufenthaltserlaubnis	33
8. Die drei Aufenthaltsrichtlinien	35
9. Verbleiberecht	36
10. Rechte von Familienangehörigen	37
11. Vorbehalt der öffentlichen Ordnung	39
12. Fazit	42
<b>3. Kapitel: Die Diskussion um das "Europa der Bürger"</b>	<b>44</b>
1. Der Anfang	44
2. Die Unionsbürgerschaft	47
3. Staatsbürgerschaft	49
4. Staatsangehörigkeit	51
5. Staatsangehörigkeit der Mitgliedstaaten	53
<b>4. Kapitel: Rechte der Unionsbürger und -bürgerinnen</b>	<b>56</b>
1. Reisefreiheit, Aufenthaltsrecht	56
2. Diplomatischer und konsularischer Schutz	57
3. Petitionsrecht	60
4. Erweiterung des Wahlrechts zum Europäischen Parlament	62
<b>5. Kapitel: Kommunales Wahlrecht</b>	<b>67</b>
1. Verfassungsrechtliche Vorbehalte	67
2. Die Voraussetzungen des Art. 19 Abs. 1 EGV	69
3. Die Regelungen der Kommunalwahlrichtlinie	71
4. Ausübung des aktiven Wahlrechts	75
5. Besonderheiten bei der Ausübung des passiven Wahlrechts	76
6. Abstimmungen und Bürgerentscheide	78

7. Erste Erfahrungen mit dem Kommunal Wahlrecht für Unionsbürger in den Bundesländern	81
8. Weiterentwicklungen und Reformen mittels der Evolutivklausel?	83
9. Fazit	85
<b>2. Teil: Auswirkungen des Gemeinschaftsrechts auf den Status von Drittstaatsangehörigen in Deutschland</b>	<b>87</b>
<b>1. Kapitel: Gemeinschaftsrechtliche Grundlagen</b>	<b>87</b>
1. Geltung des Ausländerrechts	87
2. Einflüsse des Gemeinschaftsrechts	87
<b>2. Kapitel: Drittstaatsangehörige als Familienangehörige von Unionsbürgerinnen und -bürgern</b>	<b>88</b>
1. Das Grundrecht auf familiäres Zusammenleben	88
2. Aufenthaltsrecht und Visapflicht	88
3. Abgeleitete Freizügigkeit	90
<b>3. Kapitel: Abkommen der Europäischen Union mit Drittstaaten</b>	<b>93</b>
1. Rechtsnatur der Assoziationsabkommen	93
2. Das Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum	95
3. Das Assoziierungsabkommen EWG-Türkei	95
<b>4. Kapitel: Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs zum Assoziationsratsbeschuß Nr. 1/80</b>	<b>102</b>
1. Gemeinschaftsrechtlicher Arbeitnehmerbegriff	102
2. Regulärer Arbeitsmarkt	103
3. Ordnungsgemäße Beschäftigung	106
4. Anspruch auf Einreise und Aufenthalt?	108
5. Verlust von Ansprüchen	112
6. Assoziationsrechtliches Verbleiberecht	117
7. Assoziationsrechtlicher Ausweisungsschutz	117
8. Erlöschen des Aufenthaltsrechts bei Strafhaft	119
9. Die Rechte der Familienangehörigen nach Artikel 7 ARB	121
10. Ansprüche aus Artikel 8 ARB Nr. 1/80	126
11. Das Diskriminierungsverbot aus Artikel 10 ARB	127
<b>5. Kapitel: Die sozialen Rechte von türkischen Staatsangehörigen</b>	<b>129</b>
1. Grundsätze der sozialen Sicherheit	129
2. Der Assoziationsratsbeschuß Nr. 3/80	131
3. Unmittelbare Anwendbarkeit des Art. 3 ARB Nr. 3/80	133
4. Aufenthalt in mehreren Mitgliedstaaten	136
5. Auswirkungen des Urteils in der Rechtssache "Taflan-Met"	139
6. Der Fall Gaygusuz	139

<b>6. Kapitel: Kooperationsabkommen und Europa-Abkommen</b>	144
1. Das AKP-EG-Abkommen von Lome	144
2. Kooperationsabkommen mit Marokko, Algerien und Tunesien	147
3. Die Europa-Mittelmeerabkommen	148
4. Unmittelbare Anwendbarkeit von Bestimmungen aus Kooperationsabkommen	150
5. Die Europaabkommen mit den mittelosteuropäischen Staaten	151
6. Arbeitnehmerfreizügigkeit	153
7. Soziale Sicherheit	156
<b>7. Kapitel: Aufenthaltsrechte im Rahmen der Dienstleistungsfreiheit</b>	158
1. Grundlegendes Freiheitsrecht der Marktbürger	158
2. Entsendung von Drittstaatsangehörigen	158
3. Der Runderlaß 72/95	161
4. Rechte von türkischen Dienstleistungserbringern?	163
5. Entsendung von Arbeitnehmern aufgrund der Assoziationsverträge mit den Maghreb-Staaten	163
6. Exkurs: Das Allgemeine Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen	164
7. Liberalisierung des Dienstleistungsverkehrs aufgrund der Europa-Abkommen mit den mittel- und osteuropäischen Staaten	167
8. Fazit	168
<b>3. Teil: Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen nach dem Vertrag über die Europäische Union</b>	<b>171</b>
<b>1. Kapitel: Die intergouvernementale Zusammenarbeit im "3. Pfeiler"</b>	171
1. Informelle Zusammenarbeit vor Maastricht	171
2. Der neue institutionelle Rahmen	174
3. Die Handlungsformen	176
<b>2. Kapitel: Die Strukturen der Zusammenarbeit</b>	181
1. Der K.4-Ausschuß	181
2. Die Rolle der Kommission	182
3. Beteiligung des Europäischen Parlaments	182
4. Der Europäische Gerichtshof	184
5. Möglichkeiten der Harmonisierung nach Art. K.9 EUV 1993	184
<b>3. Kapitel: Problemfelder zwischen Gemeinschaftsrecht und intergouvernementaler Zusammenarbeit</b>	185
1. Die Gemeinschaftskompetenz nach Art. 100 c EGV 1993	186
2. Die Verordnung zur Bestimmung der Drittländer	187
3. Einheitliche Visagegestaltung	189
4. Maßnahmen zur Gestaltung der Aufenthaltstitel	189
5. Überschreiten der Außengrenzen	190
6. Reisefreiheit für Drittstaatsangehörige innerhalb der Gemeinschaft	193
7. Das Schengener Durchführungsabkommen	197

<b>4. Kapitel: Ergebnisse der intergouvernementalen Zusammenarbeit</b>	200
1. Die Zulassung zur unselbständigen Beschäftigung	200
2. Bekämpfung der illegalen Beschäftigung von Drittstaatsangehörigen	202
3. Selbständige Erwerbstätigkeit	203
4. Aufnahme eines Studiums	204
5. Harmonisierung der Familienzusammenführung	205
6. Rechtsstellung von auf Dauer ansässigen Drittstaatsangehörigen	208
7. Reiseerleichterungen für Schüler von Drittstaaten	211
8. Veröffentlichung von Arbeiten im Bereich der Asyl- und Einwanderungspolitik	212
9. Ineffizienz der einwanderungspolitischen Beschlüsse	213
<b>4. Teil: Perspektiven einer Reform</b>	215
<b>I. Kapitel: Die Regierungskonferenz 1996</b>	215
1. Vorbereitung und Arbeitsprogramm	215
2. Positionen der Mitgliedstaaten	218
3. Forderungen im Bereich von Asyl- und Einwanderungspolitik	219
4. Die Vorschläge unter irischem und niederländischem Ratsvorsitz	221
<b>2. Kapitel: Der Amsterdamer Vertrag</b>	222
1. Grundrechte für Unionsbürger und Drittstaatsangehörige	222
2. Vergemeinschaftung der Asyl- und Einwanderungspolitik	229
3. Sicherung der Außengrenzen	229
4. Einreise und Aufenthalt	233
5. Sonstige Regelungen	237
6. Beschlußfassung im Rat	237
7. Rolle der Kommission	239
8. Beteiligung des Europäischen Parlaments	239
9. Stellung des Gerichtshofs	240
10. Bewertung	242
<b>3. Kapitel: Bürgerrechte für Ausländerinnen und Ausländer</b>	244
1. Die Prinzipien der liberalen Demokratie	244
2. Reformansätze	249
3. Erweiterung der Unionsbürgerschaft	251
4. Zugehörigkeit zum Binnenmarkt	253
5. Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige	256
Ausblick	259
Literaturverzeichnis	263